

**BERICHT ÜBER DIE IDEEN**

**DER JUGEND**

**FÜR DIE KONFERENZ**

**ZUR ZUKUNFT EUROPAS**



Konferenz  
zur Zukunft  
Europas



**EYE**  
2021



## ***INHALT***

Eine Nachricht Von Den Redakteuren .....	4
Klima- und Umweltschutz .....	6
Gesundheit .....	8
Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze .....	10
Digitaler Wandel .....	12
Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit.....	14
Migrationsfragen .....	16
Bildung, Jugend, Kultur und Sport .....	18
Die EU und die Welt .....	20
Demokratie in Europa .....	22
Sonstiges .....	24



## **EINE NACHRICHT VON DEN REDAKTEUREN**

Es ist 2021 und wir alle stellen uns die gleiche Frage: Was nun? Wie geht es weiter in der Geschichte?

In den letzten drei Jahren hatte Europa enorme Aufgaben zu meistern. Die Menschen auf unserem vielfältigen Kontinent hatten mit Überschwemmungen, Waldbränden, wirtschaftlichem Niedergang oder Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen, die Existenzgrundlage und das Leben vieler waren bedroht. Wir alle mussten die weltweite Pandemie überstehen. Sie hat gezeigt, wie anfällig unsere Volkswirtschaften und unser Gesundheitswesen sein können und wie wichtig es ist, sich gegenseitig zu schützen und zu unterstützen. Dass wir geeint sind, ist wichtiger denn je.

Die Konferenz zur Zukunft Europas kann der Ausgangspunkt der neuen Richtung sein, in die wir uns von nun an bewegen. Nie war es wichtiger, die Zukunftsvorstellungen derjenigen zusammenzutragen, auszugestalten und zu äußern, um die sich das Europa von morgen dreht und weiterhin drehen wird: der Jugend.

Für welche Strategien und Gesetze kann sich die jüngere Generation starkmachen, um für eine sichere und quicklebendige Zukunft zu sorgen? Genau darum geht es im Bericht über die Ideen der Jugend.

Dieser Bericht ist das Ergebnis der Jugendkonsultationen, die das Europäische Parlament im Rahmen der Konferenz veranstaltet – als Beitrag zu den Bürgerkonsultationen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene und im Internet auf [futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu). Höhepunkt dieser Jugendkonsultationen war das Europäische Jugendevent (EYE) 2021: Beim EYE kommen tausende junge Leute aus der

gesamten EU und anderen Teilen der Welt im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen, um sich darüber auszutauschen, wie sie sich die Zukunft Europas vorstellen, und auf neue Ideen zu kommen.

Seit der Veröffentlichung des letzten EYE-Berichts im Anschluss an das EYE haben sich junge Menschen auf vielen Feldern Gehör verschafft: Sie forderten Klimaschutzmaßnahmen, die unsere Zukunft sichern können, Bildungsmaßnahmen, die faire Chancen für alle eröffnen, sozialpolitische Maßnahmen, die dort helfen, wo Hilfe nötig ist, und noch viel mehr. Kein Zweifel: Die junge Generation in Europa will die Zukunft aktiv gestalten. Deutlich wurde das auch bei der letzten Europawahl, an der wesentlich mehr junge Menschen als in früheren Jahren teilnahmen.

Im letzten halben Jahr hat das Europäische Parlament mehr als 1500 Ideen und Vorschläge junger Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa auf [youthideas.eu](http://youthideas.eu) zusammengetragen. Die Ideen, die bei den Jugendkonsultationen am meisten Anklang fanden, wurden von uns, dem EYE-Redaktionsteam, beim EYE2021 vorgestellt. In Ideen-Workshops entwickelten die Teilnehmenden sie weiter. In die engere Wahl kamen 20 Ideen, aus denen alle am EYE (vor Ort und online) Teilnehmenden die besten fünf auswählten, die am Ende der Veranstaltung präsentiert wurden. In diesem Dokument sind die 20 wichtigsten Ideen des EYE zusammengefasst. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den beliebtesten Vorschlägen, die im Abschlussplenum des EYE2021 besprochen wurden. Diese wurden farbig hervorgehoben. Viele weitere Ideen aus den Jugendkonsultationen finden Sie auf [search.youthideas.eu](http://search.youthideas.eu).

Wir glauben, dass die Ideen, die die meisten Stimmen bekommen haben, tatsächlich zeigen, was jungen Menschen bei der künftigen Politikgestaltung am allerwichtigsten ist.

Berichte wie dieser wären nicht möglich ohne diejenigen, die an den Jugendkonsultationen teilgenommen und sich ins Zeug gelegt haben, um allen anderen mitzuteilen, welche Veränderungen sie sich wünschen. Das Gleiche gilt für die vielen jungen Menschen, die am EYE2021 teilgenommen haben, um die beliebtesten Ideen weiterzugestalten – vielen Dank!

Dieser Bericht ist mehr als nur eine Ideensammlung, er spricht für die vielen, die eine konkrete Vorstellung unserer gemeinsamen Zukunft haben. Er wird als Zusammenfassung des EYE2021 auf die Plattform der Konferenz, [futureu.europa.eu](http://futureu.europa.eu), gestellt und der Konferenz zur Zukunft Europas und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorgelegt – als Inspiration für die politische Debatte und künftige politische Vorschläge.

*Das Redaktionsteam des EYE2021*



## KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

### EINFACHERES RECYCLING IN DER GESAMTEN EU

Unsere Anstrengungen, weniger Müll zu produzieren und zur umweltschonenden Kreislaufwirtschaft überzugehen, sollten nicht an Staatsgrenzen aufgehalten werden. Zurzeit verfolgt nämlich jeder Mitgliedstaat seine eigene Recyclingstrategie. Das behindert das Recycling und lässt noch dazu riesige Müllberge entstehen. Deshalb brauchen wir ein europaweit **einheitliches Recyclingsystem**. Ein guter Ansatz sind **Verpackungsrücknahmeautomaten**: Wer verpackte Waren kauft, zahlt eine geringe Pfandgebühr dafür. Bei der Rückgabe der Verpackung an diesen Automaten bekommt man das Pfand dann wieder zurück.

Damit das in der gesamten EU funktioniert, ist es unbedingt nötig, die Herstellung und die verwendeten

Materialien zu vereinheitlichen. Außerdem lässt sich durch die einfachere Zusammensetzung der Verpackungen dafür sorgen, dass jedes kleine Stückchen davon überall recycelt werden kann. Für die Umsetzung dieses Systems sollte es eine längere Übergangszeit geben. So können die Unternehmen die Produktion umstellen, und man gewinnt Zeit, alle über die neuen Verfahren und die damit verbundenen Erwartungen aufzuklären. Es könnten auch Etiketten vorgeschrieben werden, die die Verbraucherinnen und Verbraucher über dieses neue System und darüber informieren, wo sie ihre Verpackungsabfälle zurückgeben können. So lässt sich auch ihr Bewusstsein dafür schärfen.





## **ÖKOLOGISCHE GLEICHSTELLUNG IM UNTERNEHMENSBEREICH**

Kleine, umweltfreundliche Unternehmen zu stärken, ist besonders wichtig, damit der Übergang zur umweltschonenden Wirtschaft gelingt. Immer noch sind es die großen und weniger nachhaltigen Unternehmen, die den Markt beherrschen. Für umweltfreundlichere Unternehmen bleibt so wenig Raum, dass sie kaum wettbewerbsfähig sind. Damit das **Wirtschaftswachstum umweltfreundlich** wird, sollte die EU alle Anreize für die Nutzung fossiler Brennstoffe sofort beseitigen. Mit diesem Geld können stattdessen umweltfreundliche Initiativen in kleinen Unternehmen stärker gefördert werden. Wir können zum

Beispiel den Zugang zu Krediten für kleinere Unternehmen, die sich nach umweltfreundlichen Trends und Verfahren richten, flexibler gestalten.

Wichtig ist außerdem, dass die Europäische Union die Einrichtung örtlicher Märkte anregt und finanziell unterstützt, wo Kleinbäuerinnen und -bauern lokale Erzeugnisse an die Bevölkerung in ihrer Nähe verkaufen können. So wird der Schwerpunkt vom Einkauf in großen Supermärkten verlagert und der **Verbrauch vor Ort** für Familien und Kundschaft **attraktiver gemacht**.



## GESUNDHEIT

### GANZHEITLICHER ANSATZ IM GESUNDHEITSBEREICH

Wir brauchen auf institutioneller Ebene einen ganzheitlicheren Ansatz im Gesundheitsbereich. **Ein neuer EU-Gesundheitspakt** könnte darüber aufklären, wie wichtig ausgewogene Ernährung und Bewegung sind. An Schulen sollten Fachleute für psychische Gesundheit eingestellt werden. Die Coronapandemie hat uns gezeigt, dass wir die Menschen aufklären müssen, damit sie sich besser um ihre psychische und körperliche Gesundheit kümmern können.

Neue Vorschriften sind nötig, damit z. B.

- im Schulunterricht thematisiert wird, wie man sich gesund ernährt und wie wichtig Bewegung ist,
  - sichere Räume für den Schutz der psychischen Gesundheit in Städten eingerichtet werden, damit man an belebten Orten Zuflucht suchen kann, wenn man eine Panikattacke hat oder andere Symptome einer psychischen Erkrankung an sich bemerkt,
  - eine Informationskampagne auf den Weg gebracht wird, die darauf hinweist, wo man verlässliche Informationen über gesunde Ernährung und den Schutz der psychischen Gesundheit findet.
- Fachleute für psychische Gesundheit in Schulen ausgebildet und gestärkt werden,







## **UNTERNEHMEN IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN**

Der Klimawandel hat katastrophale Folgen für die Erde und die Menschen, und das Problem wird immer dringlicher. Überschwemmungen, Dürren, Giftmüll und Luftverschmutzung in den Städten schaden der Gesundheit aller in der EU.

Weil es um unsere Gesundheit geht, müssen wir Unternehmen, die Seen, Meere, Luft und Land schädigen, zur Rechenschaft ziehen. **Sie sollten für Umweltschäden** und für deren Gesundheitsfolgen **bestraft werden**. Für die allgemeine Gesundheitsversorgung und Sozialfürsorge müssen oft die Bevölkerung und der Staat zahlen. Wir brauchen sofort eine Strategie, um

zu messen, wie viel Müll und Umweltverschmutzung Unternehmen in Städten verursachen. Als Maßstab für die Umweltverschmutzung vor Ort und die Schäden an der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger kann die zunehmende Zahl chronischer Krankheiten und Allergien gelten.

Außerdem müssen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch Zuschüsse oder geeignete Abstellmöglichkeiten dafür sorgen, dass **nachhaltige Verkehrsmittel** wie Züge oder Fahrräder genutzt werden können. Das ist nicht nur gut für die Erde, sondern auch für unseren Körper.



**EINE STÄRKERE WIRTSCHAFT,**

**SOZIALE GERECHTIGKEIT UND ARBEITSPLÄTZE**

## **GUTER START INS ARBEITSLEBEN**

Die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit sollte eine der obersten Prioritäten der EU sein – insbesondere in der Wirtschaft nach der Pandemie. Die EU sollte mehr Geld in Programme stecken, die **neue Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen** und jungen Menschen beim Start ins Arbeitsleben helfen.

Wir müssen

- spezielle Fonds einrichten, damit es – unabhängig von Bildung oder sozialem Status – keine unbezahlten Praktika mehr gibt,
- in Abstimmung mit Jugendverbänden und Arbeitgeberinnen

und Arbeitgebern (Unternehmen, Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen) eine Plattform einrichten, die jungen Menschen hilft, ihren Vorlieben entsprechende bezahlte Praktika in zahlreichen Wirtschaftszweigen zu finden,

- ein Mediatorennetz an den Schulen der Mitgliedstaaten einrichten, um potenzielle Schulabbrecherinnen und -abbrecher zu erreichen und sie über ihre Möglichkeiten aufzuklären. Besonders wichtig ist das für weniger entwickelte Staaten.





## **STEUERLICHE UND POLITISCHE EINIGUNG IN DER EU**

Damit die EU noch mehr zusammenwächst und die Mitgliedstaaten gleichgestellt sind, sollte nun ein **EU-weit einheitliches Steuersystem** eingeführt werden.

Diese steuerliche Einigung hätte viele Vorteile:

- Die Gelder würden besser zwischen wohlhabenden und weniger entwickelten Mitgliedstaaten verteilt.
- Der Haushalt würde größer und es gäbe gemeinsame Steuervorschriften.
- Der Verwaltungsaufwand würde auf ein Minimum begrenzt.
- So würden Investitionen in andere Projekte möglich, z. B. in eine gemeinsame Lohnpolitik, gemeinsames Vorgehen gegen Arbeitslosigkeit und ein einheitliches Renteneintrittsalter.



## DIGITALER WANDEL

### AUFKLÄRUNG ÜBER DIE SICHERE NUTZUNG SOZIALER MEDIEN

Aufklärung über die sichere Nutzung sozialer Medien sollte 2021 ein Schwerpunkt sein, denn Plattformen bestimmen unser Privat- und Berufsleben in immer stärkerem Maße. Wer digitale Kompetenzen hat, ist nicht nur besser vor Cyberbedrohungen geschützt, sondern kann auch soziale Medien respektvoll und tolerant nutzen.

In der digitalen Welt darf niemand auf der Strecke bleiben; **wir müssen allen Generationen beibringen, den digitalen Raum mit Bedacht zu nutzen.** Wir können insbesondere für Kinder

- das Erlernen digitaler Kompetenzen in den Schullehrplan aufnehmen,
- internationale digitale Tage mit praktischen und theoretischen Unterrichtsstunden für Kinder abhalten,
- zum Lernen interaktive Spiele einsetzen,
- soziale Medien simulieren, damit sich Kinder über die Gefahr von Cyberangriffen informieren können und im realen Leben von den Folgen verschont bleiben.





## **STÄRKERE EU-VORSCHRIFTEN FÜR CYBERSICHERHEIT**

In unserer immer stärker digital ausgerichteten Welt brauchen wir mehr Cybersicherheit. Dazu müssen wir die internationalen Rechtsrahmen stärken. Wir brauchen EU-weite Vorschriften, um die Privatsphäre der Bevölkerung und die digitalen Rechte wirksam zu schützen.

Die EU sollte einen Fachausschuss einsetzen, in dem alle Mitgliedstaaten vertreten sind. Er sollte festlegen, was unter Cyberkriminalität zu verstehen

ist und welche Rechtsvorschriften wir erlassen sollten. Ein solches Gremium muss vor dem möglichen Einfluss von Lobbys und Großkonzernen geschützt werden.

Die Rechtsvorschriften sollten auch dafür sorgen, dass Online-Plattformen die Benutzererkennung überprüfen müssen, um die Anonymität im Internet zu bekämpfen, die Online-Missbrauch, Falschinformationen und Cyberangriffe begünstigt.



**WERTE UND RECHTE,**

**RECHTSSTAATLICHKEIT, SICHERHEIT**

## **RECHTSSTAATLICHKEIT**

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Wir wollen verbindliche Verfahren, um die Werte der Union nach Artikel 2 des Vertrags zu wahren, wie das Rechtsstaatsprinzip und die Minderheitenrechte. Die Verträge sollten so geändert werden, dass in Artikel 7 nicht mehr von Einstimmigkeit die Rede ist, sondern von einer **qualifizierten Mehrheit**. Auch sollten Kommission und Parlament dabei ein Mitspracherecht und eine Stimme haben, die bei der Berechnung der qualifizierten Mehrheit einbezogen wird. Sobald Verfahren nach Artikel 7 eingeleitet werden, müssen eindeutige Fristen gelten. Der Gerichtshof muss das einzige Gericht bleiben,

das für Entscheidungen über das EU-Recht und damit auch über Rechtsstaatsangelegenheiten zuständig ist.

Wir müssen dem **Verfahren, wonach Gelder** aus dem EU-Haushalt und dem Fonds „Next Generation EU“ **nur an die ausgezahlt werden, die den Rechtsstaat achten**, volle Wirkung verleihen. Die Kommission muss jetzt entsprechende Leitlinien erlassen.

Außerdem muss die EU – nach dem Vorbild der Berichte über die Kandidatenländer im Rahmen des Heranführungsprozesses – bewerten, ob die Mitgliedstaaten die Grundwerte der EU einhalten.





## **GLEICHE RECHTE FÜR LGBTQI+-PERSONEN**

Die EU sollte Würde, Fairness und Respekt als gemeinsame Werte anerkennen. Wir müssen dafür sorgen, dass LGBTQI+-Gemeinschaften in der gesamten EU gleiche Rechte genießen. Die EU kann und sollte Angriffe auf die LGBTQI+-Gemeinschaft als Hassverbrechen definieren.

Echter Wandel beginnt damit, dass sich die Einstellung der Öffentlichkeit ändert. Von oben nach unten gerichtete Initiativen können kontraproduktiv sein, wenn sie vor Ort keine Unterstützung finden. Die EU muss deshalb **von unten nach oben gerichtete Initiativen unterstützen**, indem sie

das Bewusstsein für LGBTQI+-Themen schärft und regionale und nationale Aktivistengruppen stärkt. Diese Unterstützung sollte die Form eines Aktionsplans, der Ausrichtung von Veranstaltungen, neuer LGBTQI+-Veröffentlichungen und geförderter Gruppeninitiativen annehmen. Unsere Bevölkerung muss mehr darüber erfahren, welche Rechte LGBTQI+-Personen zurzeit nicht haben und mit welchen Problemen LGBTQI+-Gemeinschaften zu kämpfen haben. Einfühlungsvermögen und Verständnis sind der erste Schritt, andere zu stärken.



## MIGRATIONSFRAGEN

### UNTERSTÜTZUNG JUNGER GEFLÜCHTETER STUDIERENDER UND LEHRKRÄFTE

Die EU sollte ein Programm finanzieren, das **geflüchteten Studierenden und Lehrkräften Zugang zu Hochschulen in der EU** ermöglicht. Sie sollte feststellen, welche europäischen Hochschulen interessiert sind, geflüchtete Studierende und Lehrkräfte als Gäste aufzunehmen, und sich mit dem UNHCR in Verbindung setzen, um Kontakt mit geeigneten geflüchteten Studierenden und Lehrkräften aufzunehmen. Die Hochschulen könnten bestimmte Anforderungen an die Studierenden und Lehrkräften festlegen, z. B. spezifische Wissensanforderungen, sollten aber nicht das Recht haben, aufgrund der Herkunft in irgendeiner Weise zu diskriminieren. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber sollten Unterstützung von der EU erhalten, die auch Mittel für nichtstaatliche Organisationen bereitstellen könnte, die während des gesamten Bewerbungsverfahrens Unterstützung leisten. An den Hochschulen

angenommene geflüchtete Studierende und Lehrkräfte sollten bei Bedarf Vorbereitungskurse besuchen können.

Mit einem **zentralen EU-Fonds** könnte man Hochschulen, die Geflüchtete aufnehmen, am besten dabei unterstützen, Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Verpflegung und Sprachkurse zu decken. Ein solches Programm würde der EU helfen, auf das Problem des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung zu reagieren, und die EU-Werte Solidarität und Menschenwürde stärken. Geflüchtete könnten sich so Kompetenzen aneignen, um ihren Aufnahmeländern etwas zurückzugeben, und die Aufnahmeländer könnten neue, qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen. Vor allem aber könnte man auf diese Weise das Misstrauen gegenüber Migrantinnen und Migranten abbauen und populistischen Parolen den Boden entziehen.







## **BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR ASYLSUCHENDE**

Es ist unmenschlich und untragbar, Asylsuchende in den Mitgliedstaaten lange Zeit in Lagern unterzubringen. Diese Situation zu verbessern, muss Priorität haben. **Die EU sollte die Gelder**, die den Mitgliedstaaten Anreize für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten bieten, **stärker zentralisieren**. Die Gelder sollten dafür verwendet werden, die Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten durch die Staaten zu fördern und bürokratische Verfahren und den Integrationsprozess zu straffen. Sie sollten dazu dienen,

- sofort Übersetzerinnen und Übersetzer bzw. Einwanderungsanwältinnen und -anwälte einzustellen, die in den Mittelmeerländern arbeiten, und so die Bearbeitungszeiten für Asylanträge zu verkürzen,
- den anfänglichen Bedarf der Asylsuchenden in den Erstaufnahmeländern und die Kosten für Nahrungsmittel, Unterkunft, Medikamente

und Säuglingsbedarf zu decken,

- die Integration in den Zielländern zu unterstützen und die Bereitschaft zur Aufnahme von Migrantinnen und Migranten zu steigern,
- in der gesamten EU fachliche Unterstützung und Beratung zu leisten.

Außerdem sollten die EU-Staaten dabei unterstützt werden, Ausbildungsplätze für Asylsuchende zu schaffen und ihre Integration zu beschleunigen, damit sie einen Beitrag in ihren Aufnahmeländern leisten können und die dortige Bevölkerung Migrantinnen und Migranten weniger misstraut. Ergänzend dazu könnten Qualifikationen, die die Zugewanderten erworben haben, stärker anerkannt und angenommene Asylsuchende entsprechend ihren Fähigkeiten und dem Bedarf in den Mitgliedstaaten verteilt werden.



## BILDUNG, JUGEND, KULTUR UND SPORT

### NICHTFORMALE BILDUNG AN SCHULEN

Die EU muss mehr Geld geben, damit alle jungen Menschen in Europa an nichtformaler Bildung teilnehmen können. Verfahren dafür gibt es bereits: Ein mögliches Programm Brückenschlag zwischen Bildung, Studium und Ausbildung (BEST) würde wie das eTwinning-Programm und Personalaustauschprogramme problemlos in das Programm Erasmus+ passen. Was wir jetzt brauchen, ist politischer Wille.

Die nichtformale Bildung kann viele verschiedene Formen annehmen, z. B. Freiwilligendienste, Jugendaustausch- und Sportprogramme. Junge Menschen in Europa brauchen **praktische Fähigkeiten**, um vielseitige,

verantwortungsbewusste und mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden. Die nichtformale Bildung ist besonders geeignet für eine ganzheitlichere Bildung.

Außerdem könnte ein EU-Programm für nichtformale Bildung als Plattform dienen, um die Kluft zwischen Schul Lehrkräften und Dienstleistungsanbietern mit Fachwissen in Themenbereichen, die für das heutige Leben wichtig sind, zu schließen. Auf dieser Plattform gäbe es auch Informationen über innovative, interaktive und ansprechende Lernmethoden, und sie würde die Vernetzung möglich machen.





## **BESSERE SCHULLEHRPLÄNE**

Gestalten wir die Lehrpläne der Schulen neu! Die Schulen in der EU müssen nützlichere und stärker praxisbezogene Bildungsangebote machen, und zwar Fächer, die in Welt von heute wichtig sind, z. B. Sensibilisierung für psychische Gesundheit, Sexualerziehung, digitale und finanzielle Kompetenzen, Umwelterziehung und interkulturelle Kompetenzen. Die Schulen müssen ständig neu bewerten, was ihre Schülerinnen und Schüler brauchen, damit sie für den Arbeitsmarkt bereit sind.

Immer wichtiger sind in der zunehmend globalisierten Welt außerdem interkulturelle Kompetenzen und Wissen über die Chancen und Vorteile, die Europa bietet. Wenn Schulen beides

stärken, könnten wir eine dynamischere, vielfältigere und engagiertere Gesellschaft schaffen, ein einiges Europa, das gemeinsame Ziele ansteuert und sich in der Welt aktiv einbringt. Wir könnten auf politische und persönliche Herausforderungen wirksam reagieren.

Neue Schulfächer wie die genannten bieten jungen Leuten und ganz Europa mehrere Vorteile. Jungen Europäerinnen und Europäern moderne Themen mit praktischen Auswirkungen zu präsentieren, hilft, aufgeschlossene, inklusive und tolerante Bürgergesellschaft zu fördern. So kann man Einfühlungsvermögen schaffen und die Europäerinnen und Europäer einander näherbringen.



## DIE EU UND DIE WELT

### EIN EUROPÄISCHER BUNDESSTAAT

Der Klimawandel, die Coronapandemie und die bedenkliche internationale Sicherheitslage stellen die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und ihre Bevölkerung vor erhebliche Aufgaben. Um sie zu bewältigen, müssen wir einen europäischen Bundesstaat anstreben.

So können wir auf der Weltbühne eine stärkere Macht werden, mit der wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell zu rechnen ist. Einen **europäischen Bundesstaat** zu schaffen, ist keineswegs eine einfache Aufgabe, sondern ein **Langzeitprojekt mit großen Zukunftsperspektiven**: Dadurch, dass sich Kosten für die Regierungen der

Mitgliedstaaten einsparen lassen, kann in Gesundheitspolitik und Klimaschutz investiert werden.

Außerdem ist ein europäischer Bundesstaat geeignet, Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Ansichten zu vereinen und die europäische Identität zu stärken, indem Lücken, die sich im Inneren Europas auftun, geschlossen werden, was den Staat Europa zu einem starken, krisenfesten Akteur werden lässt. So könnten wir mit einer Stimme sprechen und uns auf der Weltbühne für die europäischen Werte und den Frieden stark machen.





## STÄRKUNG DER GEMEINSAMEN AUSSENPOLITIK

Eine wirksamere gemeinsame Außenpolitik könnte der Europäischen Union zu mehr Präsenz bei weltweiten Verhandlungen verhelfen und dafür sorgen, dass keine bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländern mehr nötig wären. Als **starke, multilaterale und nicht-hegemoniale Macht** kann unsere Europäische Union weltweite Herausforderungen angehen und rascher und effizienter auf Bedrohungen der internationalen Sicherheit reagieren, und zwar sowohl in Europa als auch weltweit.

Wenn wir uns auf eine gemeinsame Außenpolitik einigen, können wir

- für unsere Werte eintreten, indem wir z. B. den Handel mit Waren, die Zwangsarbeit begünstigen, wirksam verbieten,
- die europäische Identität und das Vertrauen der Bevölkerung in diese neue Macht stärken,
- widerstandsfähiger gegenüber undemokratischen Mächten und Sicherheitsbedrohungen werden und angemessen darauf reagieren,
- dafür sorgen, dass unsere Stimmen bei internationalen Verhandlungen und in der Weltpolitik Gehör finden.



## DEMOKRATIE IN EUROPA

### **EIN EINHEITLICHER EU-PASS**

Wir sollten mehr aus der Unionsbürgerschaft herausholen! Als Erstes können wir **einen einheitlichen EU-Pass und EU-Personalausweis** für alle Bürgerinnen und Bürger der EU schaffen, der für die Einreise in alle Mitgliedstaaten und den Aufenthalt dort gültig wäre.

Zweitens müssen wir Europa erleben, um uns europäisch zu fühlen. Dafür sollte es den Bürgerinnen und Bürgern leichter gemacht werden, in verschiedenen Mitgliedstaaten zu leben und von einem Staat in den anderen umzuziehen. Deshalb brauchen wir einheitliche Verfahren für Umzüge und

Anmeldungen in allen EU-Staaten: Umzüge in der EU sollten genauso einfach sein wie Umzüge innerhalb eines Mitgliedstaats.

Bei der Gestaltung dieser Strategien und Prozesse müssen wir dafür sorgen, dass alle gleichbehandelt werden. Daher sollten EU-weite Vorschriften für Umzüge und Anmeldungen in Mitgliedstaaten festgelegt werden. Zum Beispiel sollten Unionsbürgerinnen und -bürger an allen Wahlen des Staates teilnehmen können, in dem sie leben – unabhängig von ihrem Heimatland.





## **LÄNDERÜBERGREIFENDE LISTEN UND SPITZENKANDIDATEN-SYSTEM BEI DER EUROPAWAHL**

Die EU hat ein Problem: Ihre Bürgerinnen und Bürger sind immer noch nicht angemessen vertreten. Darunter leidet ihr Vertrauen in die Politik, und sie können wenig mit den politischen Entscheidungsträgern anfangen.

Damit sich das ändert, muss die Europawahl europäischer werden, und es sollten nicht mehr 27 Wahlen gleichzeitig stattfinden. Wir sollten länderübergreifende Listen verwenden – die Wählerinnen und Wähler sollten eine Liste mit Kandidatinnen und Kandidaten aus ihrem Mitgliedstaat und eine zusätzliche Liste mit Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Mitgliedstaaten erhalten. So kann man sowohl für jemanden aus seinem eigenen Staat als auch für Kandidatinnen und Kandidaten aus anderen Staaten stimmen. Dadurch böten sich zwei verschiedene Möglichkeiten, die Abgeordneten zu wählen. So könnten wir dafür sorgen,

dass die Kandidatinnen und Kandidaten auch künftig alle Regionen vertreten, zugleich aber die Wahl wirklich länderübergreifend gestalten und die Politik zwingen, auf die Meinungen aller Menschen in Europa einzugehen.

Das Gleiche sollte für diejenigen gelten, die sich um die Kommissionspräsidentschaft bewerben. Über die Besetzung dieses Amtes sollten nicht die bei der Wahl erfolgreichen Parteien hinter verschlossenen Türen verhandeln. Wir sollten das sogenannte **Spitzenkandidaten-System** durchsetzen, bei dem jede Partei vor der Wahl bekannt gibt, wer Präsidentin oder Präsident der Kommission werden soll, wenn sie die Mehrheit der Stimmen erhält. Durch die aktive Teilnahme am Wahlkampf und den unmittelbaren Austausch mit der Bevölkerung könnte die Präsidentin oder der Präsident der Kommission künftig bürgernäher sein.



## SONSTIGES

### GEMEINSAM FÜR MEHRSPRACHIGKEIT

Tun wir gemeinsam etwas für die Mehrsprachigkeit!

Die EU sollte mehr Geld in die Förderung der Mehrsprachigkeit stecken. Als Erstes muss der **Sprachunterricht an Schulen reformiert werden**: In der Schule lernen viele Kinder die Sprachen der größeren EU-Staaten. Doch nur wenige haben die Möglichkeit, Sprachen zu lernen, die von weniger Bürgerinnen und Bürgern der EU gesprochen werden – und zwar selbst dann, wenn es sich um die Sprachen sehr viel näher liegender Staaten handelt. Außerdem können viele zweisprachige Schulkinder ihre Muttersprache nicht in der Schule lernen, und auch viele Sprachen nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten stehen nicht auf dem Lehrplan, was deren Recht auf Verwendung

ihrer Muttersprache einschränkt. Wir brauchen mehr Geld für den Sprachunterricht und die Ausbildung von Lehrkräften, die die Mehrsprachigkeit im Bildungswesen fördern können.

Im nächsten Schritt können wir für bessere **Jugendaustauschprogramme** sorgen, z. B. für Studienreisen zum Erlernen einer Fremdsprache, aber auch für Änderungen im Bereich der offiziellen Kommunikation. Einige Veranstaltungen und Programme für junge Europäerinnen und Europäer werden bereits mehrsprachig durchgeführt: Wenn die EU mehr Geld hierfür bereitstellt, wären noch mehr Veranstaltungen und Programme möglich, die jungen Menschen in Europa derartige Möglichkeiten zum Fremdsprachenlernen bieten.







## SCHWERPUNKT AUF TRANSPARENZ IN DER EU-POLITIK

Alle EU-Strategien müssen transparent bewertet werden. Einige von ihnen erreichen möglicherweise ihre Ziele oder Zielgruppen nicht, z. B. weil dabei die besondere Lage derjenigen, die auf dem Land oder in wirtschaftlich schwächeren Ländern leben, außer Acht gelassen wurde. Um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und **künftig bessere Strategien zu schaffen**, müssen wir der Bevölkerung verständlich machen, warum bestimmte Strategien eingeschlagen und reformiert werden: Dank transparenter und verständlicher Bewertungen kann sie in Zukunft bei Wahlen fundierte Entscheidungen treffen.

Zweitens muss die Lobbyarbeit in der EU transparenter werden. Nötig sind strengere Regeln für Lobbyistinnen und Lobbyisten, damit die Politikerinnen und Politiker in Zukunft wirklich denen zuhören, die sie wählen. In den letzten Jahren gab es erste Anstrengungen, diesen Bereich stärker zu regulieren. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung: Eine weitere Möglichkeit, für mehr Transparenz zu sorgen, wäre beispielsweise, den Anwendungsbereich und die Nutzung von **Transparenzregistern** auszuweiten. Solche Maßnahmen werden das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union und ihre Politik weiter stärken.



***EYE2021.EU***



***SEARCH.YOUTHIDEAS.EU***



***INSTAGRAM.COM/EP\_EYE***



***FACEBOOK.COM/YOUTHEP***



***TWITTER.COM/EUROPARL\_EYE***





---

**EYE** 2021